

Besoldungsrunde für Kommunalbeamte startet am 13. Mai in der Staatskanzlei

Bei einem ersten Gespräch mit Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** und Finanzminister **Norbert Walter-Borjans** startet die Besoldungsrunde für die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger. Es findet am 13. Mai in der Staatskanzlei statt. komba wird durch den DBB NRW Vorsitzenden **Roland Staudé** und den zweiten Landesvorsitzenden **Hubert Meyers** vertreten. An dem Gespräch nimmt neben vier dbb-Vertretern auch der DGB teil.

lage für die Besoldungsanpassung 2015/2016“, erklärte Roland Staudé im Landesvorstand. Bisher gibt es von der Landesregierung keine konkreten Erklärungen zur Übernahme des Tarifergebnisses, während Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz bereits eine Eins-zu-eins-Übertragung angekündigt haben. Bekannt wurde, dass NRW neben den Gesprächen auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Richterbesoldung (Bericht Seite 2) einbeziehen werde.

Maßstab für die Forderungen von komba und dbb ist der Tarifabschluss für die Beschäftigten des Landes. „Diese Parameter sind die Diskussionsgrund-

komba und dbb vermuten, dass der Abschlussbericht des Effizienzteams in die Diskussion eingeführt wird, das nach dreijähriger Arbeit 100 Landesmaßnahmen mit einem

Sparvolumen von 214 Millionen Euro identifiziert hat. Das Schnecken-tempo-Team klopft sich auf die Schulter und spricht davon, die Einsparungen seien keine heiße Luft, sondern realistisch, durchdacht und besprochen. Für die Besoldung enthalte der Bericht zwei brisante Themen, erläutert Staudé. Im Personalhaushalt des Landes sollen bis 2017 jährlich 160 Millionen Euro gespart werden sowie ein zusätzliches Einsparungsziel von 123 Millionen Euro durch Stellenabbau erreicht werden. Staudé nennt den Effizienzbericht ein Dokument der Hilflosigkeit. komba schließt nicht aus, dass ein Ergebnis erst nach Protestmaßnahmen erstritten werden kann. ■

Gescheitert ...

..... ist die Gestaltung der Beamtenbesoldung durch die Förderalismusreform. Das war auch ein Ergebnis der Diskussion bei Günther Jauch (3. Mai) im Ersten. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern in der Beamtenbesoldung – bis zu 5 000 Euro pro Jahr – sind inzwischen so gravierend, dass von einer gerechten Bezahlung für gleichartige Tätigkeiten keine Rede mehr sein kann. In der Sendung ging es um gerechte Entlohnung der Arbeit. ■

Inhalt

Besoldung/Urabstimmung	1
Nachruf: Hans Rohlfing	2
Landesvorstand	3
Personalrätekonferenz	4
Feuerwehr	
Personalrotation im FB-Vorstand	5
Jugend	6
Politessen, Vertrauenspersonen, Erzieher	8
Sicherheitsstudie (Teil 12)	10/11
Gewalt in Krankenhäusern	11
Lokales	
aus Duisburg, Solingen, Lippe, Meschede	12
Bücher/Impressum	13/14
Letzte Seite	
Fachtagung Pflege/ Broschüre: Tipps gegen Übergriffe	16

Urabstimmung für Streik – Ausstand begann am 11. Mai



3 500 demonstrierten zum Streikauftakt in der Aachener City (Bericht Seite 3).

Foto: Marcus Rümmler



Hans Rohlfing kurz vor seinem 80. Geburtstag gestorben

Kurz vor seinem 80. Geburtstag, den er am 24. Mai gefeiert hätte, ist unser Ehrenmitglied **Hans Rohlfing** gestorben. Noch am 30. April hatte ich ihn, der bereits von schwerer Krankheit gezeichnet war, in seinem Haus in Rheda besucht, um ihn für die Maiausgabe von komba inform zu interviewen. Bereits auf der Rückfahrt hatte ich Sorge, dass er sein Fest nicht mehr erleben werde. Das Schicksal hat den Kalender überholt.



Im Element: Hans Rohlfing am Rednerpult

komba Bundes- und Landesvorsitzender **Ulrich Silberbach** spricht von einem schweren Verlust für die ganze komba-Familie. 62 Jahre lang habe sich Hans Rohlfing im komba engagiert und dabei bedeutende Führungsämter bekleidet. Mit seiner ruhigen westfälischen Art, seinem christlichen Urver-

trauen, seiner menschlichen Fürsorge, seiner Klugheit, seinen fachlichen Fähigkeiten, seiner Kollegialität und Hilfsbereitschaft – auch als Vorgesetzter – habe er die komba gewerkschaft als überzeugter Beamter und Verfechter des Berufsbeamtentums über Jahrzehnte geprägt.

Für den Vater von vier erwachsenen Kindern wurde die komba gewerkschaft so etwas wie eine Familie. Sie begleitete ihn ein ganzes berufliches Leben. Hans Rohlfing hat komba in vielen Positionen inhaltlich fortentwickelt, politisch mitgestaltet und erkennbar geprägt.

Am 24. Mai 1935 erblickte er in Osnabrück das Licht der Welt. Er wurde in eine Bäckerfamilie hineingeboren.

Seine berufliche Karriere war ihm nicht in die Wiege gelegt worden. Er wuchs mit seinem Vater und drei Geschwistern auf. Seine Mutter, die kurz nach der Geburt verstarb, hat er nicht mehr bewusst kennengelernt. Eigentlich sollte er dem Vater im Beruf folgen. Doch kleine Brötchen wollte Hans Rohlfing nicht täglich backen. Er hatte andere Fähigkeiten. In Hannover wurde das Geschäft des Vaters ausgebaut. Die Familie siedelte

zunächst nach Halberstadt, damals in der sowjetisch besetzten Zone. Sprachlich machte sich das so bemerkbar, dass der junge Hans Russisch und als zweite Fremdsprache Französisch lernen sollte. Nicht nur aus diesem Grunde zog es ihn in den Westen der jungen Republik, machte zunächst die mittlere Reife in Oer-Erkenschwick und begann dann eine Einheitslaufbahn in der Kommunalverwaltung.

Mit dem ersten Arbeitstag trat Hans Rohlfing in die komba gewerkschaft ein und hielt ihr 62 Jahre die Treue. Er traf auf **Herbert Karhof**, den legendären späteren komba nrw Vorsitzenden, der ihm das gewerkschaftliche Engagement schmackhaft machte.

Beruflich ging es schnell aufwärts: Sekretärs-, Inspektorenlehrgang, acht Semester Studium der Kommunal- und Wirtschaftswissenschaften mit Diplom-Abschluss. Er war nach Recklinghausen gewechselt und bearbeitete in der Kämmererei den außerordentlichen Haushalt.

Seit 1965 lebt er in Rheda. In der dortigen Verwaltung (nach der Raumordnung Rheda-Wiedenbrück), stieg er bis zum ersten Beigeordneten – mit Wie-

derwahl – auf. Die Raumordnung Anfang der 70er-Jahre managte er fast im Alleingang. Er spezialisierte sich auf die Haupt- und Personalverwaltung sowie auf die Wirtschaftsförderung. Im Studieninstitut unterrichtete er Beamten-, Arbeits- und Tarifrecht.

Zahlreiche Ämter bekleidete er in der komba und im dbb. Er war Mitglied des Landes- und des geschäftsführenden Vorstandes. Neben Karhof galt der verstorbene Bundesvorsitzende **Ulrich Berger** als sein Vorbild. Die Jugendarbeit lag ihm am Herzen. Er war Mitbegründer der komba jugend nrw.

Nach seinem Ausscheiden aus den Vorstandsämtern entwickelte er die Organisation Arbeitskreis 50plus in der Bundes- und nrw komba.

Hans Rohlfing war fast drei Monate von schwerer Krankheit gezeichnet. Er sprach offen darüber. Was er vermisste waren seine wöchentlichen Wanderungen und die Termine seiner komba.

Jetzt vermissen wir ihn und gedenken seiner.

Friedel Frechen

Beamtenbesoldung: Klartext aus Karlsruhe

Abschied von der Besoldungspolitik nach Gutsherrenart.

In einem Grundsatzurteil über die Besoldung von Richtern und Staatsanwälten hat der Zweite Senat am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Maßstäbe festgelegt, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Maßstäbe sollen die untere Grenze der Besoldung von Richtern und anderen Berufsbeamten bestimmen. Da-

mit hat der Klartext aus Karlsruhe über den Rechtskreis der Richterbesoldung hinaus Bedeutung für das gesamte Besoldungsrecht in Bund und Ländern. Die konkreten Auswirkungen bedürfen einer genauen Prüfung.

Über die Angemessenheit der Besoldung konnte der Staat als Dienstherr bisher frei entscheiden und das Alimentationsprinzip selbst auslegen.

Diese Spielräume haben die Verfassungsrichter eingeschränkt und konkretisiert. Bundes- und Landesregierungen müssen nun die Karlsruher Prüfungen sowie fünf volkswirtschaftliche Parameter bei der Entwicklung der Besoldung berücksichtigen. Dazu gehört auch die Tarifentwicklung von Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst. Außerdem wird es schwerer, die Beamten als Sparschweine zur

Haushaltskonsolidierung heranzuziehen. Das ist nun nur noch insoweit möglich, wie solche Beiträge für alle Staatsbürger gelten. Die Folgen des Urteils werden schon bei den bevorstehenden Besoldungsgesprächen eine Rolle spielen.

komba und dbb nrw werden die Prüfsteine und ihre Anwendbarkeit auf Gespräche mit der Regierung umgehend analysieren. ■

3 500 demonstrierten beim Streikauftakt in Aachen – Ende für „Kleine Kinder kleines Geld“

Der Vollstreik der komba gewerkschaft nrw im Sozial- und Erziehungsdienst ist heute mit einer Auftaktveranstaltung in Aachen gestartet. Rund 3 500 Beschäftigte nahmen am Streikstart teil.

„Die gestiegenen Aufgaben und gesellschaftlichen Anforderungen an die Kolleginnen und Kollegen sind da. Das lässt sich nicht wegdiskutieren. Darum stehen wir heute hier in Aachen, um ein Zeichen zu setzen, dass es so nicht weitergehen kann. ‚Kleine Kinder, kleines Geld‘ muss endlich der Vergangenheit angehören. Der Verband der kommunalen Arbeitgeber zuckt mit den Schultern und verweist auf die klammen Kassen der Kommunen. Das lassen wir als Begründung aber nicht gelten“, sagte **Andreas Hemsing**, stellvertretender Landesvorsitzender der komba nrw und dbb-Verhandlungsführer, bei der Kundgebung in der Aachener Innenstadt.

Nicht nur mit Argumenten, auch lautstark sowie mit Transparenten und Plakaten setzten Kitamitarbeiterinnen und -mitarbeiter, Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen aus ganz Nordrhein-Westfalen ein inhaltliches, akustisches und optisches Zeichen.

„Es ist Schluss mit der Eigenschaft, die den Erzieherberuf in den letzten Jahrzehnten geprägt hat. Egal, was an neuen Aufgaben noch dazukommt und auch wenn die Kapazität und die Rahmenbedingungen es längst nicht mehr zulassen, hieß es doch immer: Wir machen alles irgendwie möglich. Und das auch noch zum Nulltarif. Das ist jetzt vorbei“, erklärte **Sandra van Heemskerck**, Erzieherin und Vorsitzende des komba Bundesfachbereichs Sozial- und Erziehungsdienst aus Mönchengladbach. Sie zeigte sich beeindruckt von den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, die sich unüberhörbar in Magenta für ihre For-



Aachen in Magenta: Streikauftakt erfolgreich.

derungen und Interessen einsetzten. Kuschen war gestern.

Bonn, Bochum, Dortmund, Essen, Mönchengladbach, Oberhausen, Ratingen, Rhein-Kreis Neuss – die Liste der Städte und Regionen aus denen komba Mitglieder im Sozial- und Erziehungsdienst nach Aachen gekommen sind, ist lang. Auch die Aachener Kolleginnen und Kollegen selbst waren stark vertreten: „Als Streikleiter und Gastgeber bin ich begeistert,

so viele in der Kaiserstadt begrüßen zu dürfen“, freute sich der Aachener Streikleiter **Dirk Schröders**. „Das ist ein toller Streikauftakt.“

Die zentrale Kundgebung am 11. Mai ist nur eine von vielen Aktionen der nordrhein-westfälischen komba Orts- und Kreisverbände in den kommenden beiden Wochen.

Aus Aachen berichtete **Stefanie Frank/FF**

Landesvorstand: Endspurt für Dienstrechtsreform

Alle aktuellen Fragen der gewerkschaftspolitischen Arbeit in der komba gewerkschaft wurden auf der zweitägigen Klausursitzung des Landesvorstandes diskutiert. Auch die Dienstrechtsreform. Das Thema geht auf die Ziellinie. In diesem Jahr

wird sie vom Kabinetts beschlossen und nach der Anhörung der Verbände parlamentarisch diskutiert. 2016 soll sie in Kraft treten. **Roland Staude**, dbb nrw Vorsitzender, berichtet über ein politisches Spitzengespräch im März, bei dem über das Dienst-, Besoldungs-

und Versorgungsrecht gesprochen wurde. Positiv sei die Absicht der Regierung, unter anderem die Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehrzulage wiederherzustellen. Geplant sei, die verbliebene Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) in die Monatstabelle aufzunehmen. Jedoch werde die von komba und dbb geforderte Rücknahme der zweiten Kürzung des Weihnachtsgeldes bisher strikt abgelehnt. Außerdem sind Regelungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Frauenförderung für Führungspositionen, Verpflichtung zu Personalentwicklungskonzepten und Konzepten für das Gesundheits-

management, finanzielle Anreize für IT-Kräfte sowie Zulagenregelungen beim Wechsel von Beamtinnen/Beamten aus einem anderen – besser zahlenden – Bundesland geplant. Hochproblematisch bleibt die Aussage der Landesregierung, die Dienstrechtsreform müsse kostenneutral sein. Vor wenigen Tagen wurde die Ressortabstimmung der beteiligten Landesministerien abgeschlossen.

Der komba Vorstand wurde vom Duisburger Bürgermeister **Volker Mosblech** und vom stellvertretenden OV-Vorsitzenden **Markus Dorok** begrüßt. ■



Landesvorsitzender Uli Silberbach (links), Bürgermeister Volker Mosblech spricht Grußwort.



250 Kolleginnen und Kollegen aus NRW kamen zur Personalrätekonferenz nach Herne.

250 komba Personalräte protestieren gegen Missachtung des Sozial- und Erziehungsdienstes durch Arbeitgeber

„Statt Wertschätzung Missachtung“, das sei die Haltung der Arbeitgeber gegenüber den Kolleginnen und Kollegen im Sozial- und Erziehungsdienst bei den laufenden Tarifvertragsverhandlungen. 250 Personalräte der komba gewerkschaft protestierten auf der Personalrätekonferenz in Herne gegen diese Position der VKA. komba Tarifchef **Andreas Hemsing**, stellvertretender Landesvorsitzender, erklärte, die gesellschaftlich akzeptierte Aufwertung der Sozial- und Erziehungsarbeit müsse nun auch Folgen im Tarifvertrag haben. Allein mit Lob und Schul-

terklopfen sei es nicht getan. Das Verhalten der Arbeitgeber am Verhandlungstisch sei inakzeptabel. Die VKA mache bislang kein formales Angebot. Sie stelle nur minimale Verbesserungen für Teilbereiche in Aussicht. Dies entspreche nicht der grundsätzlichen Wertschätzung im Sozial- und Erziehungsdienst.

Neben dem aktuellen Thema wurde auch über die Folgen des TV-L für die kommunalen Beamtinnen und Beamten diskutiert. (Siehe eigenen Beitrag auf Seite 1 in **kombainform**.)



Die Personalvertretungskommission. Am Rednerpult: Andreas Hemsing.

Der zweite Landesvorsitzende **Hubert Meyers** hatte die Konferenz eröffnet und einen Ritt durch die Themen der Personalratsarbeit versprochen. Die vom stellvertretenden Landesvorsitzenden **Christoph Busch**, Vorsitzender der Personalvertretungskommission, geleitete Tagung, wurde vom stellvertretenden Justiziar **Michael Bublies** auch über den Stand der Dienstrechtsreform informiert.

Bei den Fachvorträgen ging es um krankheitsbedingte Kündigung im Licht der Rechtsprechung durch den Kölner

Rechtsanwalt **Prof. Dr. Rolf Bietmann**, um Überlastungsanzeigen als Notsignal (Referent **Thorsten Schwark**) und um die Möglichkeiten der Personalräte, an der Entwicklung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements mitzuwirken. Hierzu war **Uwe Tchorz** von der Unfallkasse NRW nach Herne gekommen.

Christoph Busch informierte über den Stand der Vorbereitungen für die Personalratswahlen 2016 und **Paulina Lut** (Landesjugendleitung) über den laufenden JAV-Wahlkampf.

Filmprojekt präsentiert Fakten statt Vorurteile

Ein Film über den Sozial- und Erziehungsdienst zu den laufenden Tarifverhandlungen, Protest- und Streikmaßnahmen zeigt optisch mit Grafiken – witzig bis nachdenklich gestaltet – und akustisch die Vielfalt und Multifunktionalität dieser Berufsgruppen: Eine Kollegin in der Kita: Erzieherin, Trösterin, Schlichterin, Vermittlerin (zwischen Eltern und Kind), Pflegerin, Lehrerin – die Liste ließe sich fortsetzen. Beifall von 250 Besuchern der komba Personalrätekonferenz.

Unter der Regie von **Andreas Hemsing** und komba PR-Refere-

rentin **Antje Kümmel** wurde der Film mit einem externen Anbieter erstellt. Kümmel: „Wir zeigen, was auf diesem Sektor

geleistet wird, und machen klar, was es ohne sie gäbe: schreiende Kinder, streitende Eltern und Jugendliche, noch

mehr Obdachlose ohne Essen, Diebstähle und so weiter.“

Der Film will zu Protesten auf der Straße ermutigen und neue Mitglieder ansprechen. Der Streifen steht auf vielen Websites der Orts- und Kreisverbände, bei Facebook. Er wurde mehrfach gepostet und auch bei Youtube kann man ihn sich anschauen. Er dient auch als inhaltliche Argumentationshilfe in der Diskussion.

Zum Film: über die komba nrw Website (geshorteter Link vom Kurz-URL-Dienst „bitly“): <http://bit.ly/1BS07wH>



Aus dem komba Film für den Sozial- und Erziehungsdienst.

Thorsten Fuchs wechselte von der BF Düsseldorf zum Rhein-Main-Airport Frankfurt

Thorsten Fuchs, früheres Mitglied des Fachbereichsvorstandes Feuerwehr und Rettungsdienst in NRW, hat die Berufsfeuerwehr Düsseldorf verlassen und im April seinen Dienst als Wachleiter und Zugführer im 24-Stunden-Einsatzdienst bei der Flughafenfeuerwehr Frankfurt/Main angetreten.



Thorsten Fuchs

Er wechselte damit von komba nrw in die komba hessen, wird aber auf komba Bundesebene sein Amt als FB-Vorsitzender weiter wahrnehmen.

Der 38-jährige Brandamtsrat aus dem Hunsrück leitet nun eine der vier Feuerwachen auf Europas drittgrößtem Airport (nach London Heathrow und Paris-Charles-de-Gaulle) und ist zusätzlich für das Gebiet Arbeitsschutz am Rhein-Main-Flughafen zuständig. Sein neuer Arbeitsplatz verringert den Abstand zwischen Arbeitsort und Wohnort, das 850-Seelendorf Tiefenbach, fünf Kilometer entfernt von der Kreisstadt Simmern.

16 Jahre arbeitete Thorsten Fuchs bei der Berufsfeuerwehr Düsseldorf, wo er viele gute Freunde zurücklässt. Er bedankt sich bei seinen Kolleginnen und Kollegen, die er in NRW kennen- und schätzen gelernt hat, für eine „super Zeit“.

2002 wurde Thorsten Fuchs komba Mitglied. Im NRW-Fachbereich folgte er Stefan Bodem, im Bundesfachbereich beerbte er als Vorsitzender **Norbert Brewer**. Thorsten Fuchs ist Mitglied des VfDB-



Spezialfahrzeug der Frankfurter Flughafenfeuerwehr.

Präsidiums (Vereinigung zur Förderung des Brandschutzes), im DIN-Normenausschuss „Bauliche Anlagen“ sowie in der Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Mitarbeiter in Feuerwehr und Rettungsdienst“ der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung.

In Düsseldorf, wo er seit 2004 dem Feuerwehrpersonalrat angehörte, von 2008 bis 2013 freigestellter Vorsitzender und ab September 2013 ordentliches Mitglied der Personalvertretung war, zählt das Krisenmanagement bei der Suspension von zehn Kollegen 2012 zu seinem größten Erfolg als Personalrat. Im Kampf um die Zahlung von Überstunden bei der BF Düsseldorf hatte der damalige OB gegen zehn Kollegen Disziplinarverfahren eingeleitet. Dank komba Einsatz waren die „Diszis“ nach einer Woche vom Tisch und die Kollegen erhielten für Überstunden zwischen 2002 und 2006 Nachzahlungen zwischen 10 500 und 11 500 Euro. Viele Neueintritte waren die Folge.

1986 trat Thorsten Fuchs in die Jugendfeuerwehr, mit 16 wurde er Freiwilliger Feuerwehrmann in Simmern. Seine große Leidenschaft machte er zum Beruf. Nach seiner Lehre als Industriemechaniker wurde er Flugzeugabfertiger und Feuerwehrmann am Airport Frankfurt-Hahn und begann danach seine Ausbildung als Brandmeisteranwärter bei der BF Düsseldorf. Nach einem Zwischenstopp bei der BF Mannheim kehrte er in die NRW-Landeshauptstadt zurück. Dort durchlief er die Laufbahn im mittleren und später im gehobenen Dienst, wurde Rettungsassistent, Gruppenführer mit Prüfung

am Institut der Feuerwehr Münster, nahm an zahlreichen internen Ausbildungen teil, wurde selbst Ausbilder für Realbrandausbildung, gehört seit 2007 dem gehobenen Dienst an. 2013 kehrte er aus der Freistellung zurück und wurde Sachgebietsleiter Sicherheitsmanagement, damals Neuland bei der BF Düsseldorf.

Nun der Wechsel an den Main. Und wenn ihm noch etwas Zeit bleibt, dann pflegt Thorsten Fuchs seine Hobbys, dazu gehören sein Haus, Laufen und die Kunst der Selbstverteidigung nach Krav Maga, ein Sport israelischen Ursprungs.



Foto: MEY

Bräutigam neu im komba FB Feuerwehr/Rettungsdienst

Der komba Landesvorstand hat den Düsseldorfener Feuerwehrbeamten **Dr. Andreas Bräutigam** in den FB-Vorstand berufen. Er wird Nachfolger von Thorsten Fuchs.

Der 43-jährige leitet seit 2011 die Feuerweherschule Düsseldorf, ist Fachbuchautor und gefragter Dozent auch bei komba nrw. Er gehört dem Ausbildungsbeirat des Landes NRW, dem Prüfungsausschuss für den gehobenen Dienst in NRW sowie weiteren Institutionen an. Bräutigam ging mit

17 in die Freiwillige Feuerwehr Hagen, studierte Chemie und promovierte an der Ruhr-Universität Bochum.



Dr. Andreas Bräutigam

JAV-Wahlkampf läuft in NRW-Kommunen auf Hochtouren

In den kommenden Wochen werden in den NRW-Kommunen die Jugend- und Auszubildendenvertretungen gewählt. Die Wahlen beginnen im Mai und dauern bis Juli 2015.

In zahlreichen Städten und Gemeinden stehen Kandidatinnen und Kandidaten der komba jugend zur Wahl.

Auf der Personalrätekonferenz in Herne warb **Paulina Lut** (Aachen) aus der Landesjugendleitung für die Unterstützung der lokalen Wahlkämpfe. JAV-Vertreter seien eine „Zukunftsinvestition“. Vor allem aus diesen Kreisen rekrutierten sich die späteren Personalräte, so die Vertreterin der Landesjugendleitung. Wer die JAV-Wahl-



Christoph Busch, stellvertretender komba Landesvorsitzender (2. Reihe links) gemeinsam mit den jungen komanerinnen und komanern auf der Personalrätekonferenz 2015.



EINE SICHERE WAHL!

len stütze, betreibe Zukunftsplanung für Personalräte von Morgen.

Christoph Busch, stellvertretender komba Landesvorsitzender und Vorsitzender der Personalvertretungskommission sieht das genauso. Er selbst hat seine gewerkschaftspolitische und seine Personalratskarriere aus der komba jugend heraus begonnen: „Wenn wir das Engagement unserer jungen Kolleginnen und Kollegen wertschätzen, dann müssen sie das in einem solchen Wahlkampf merken. Rückendeckung für die Kandidaten und Appelle an die Wählerschaft, das sind die wichtigsten Aufgaben für

alle Mitglieder in den Orts- und Kreisverbänden.“

Die Jugend setzt in diesem Wahlkampf als Logo einen Rettungsring ein und schafft mit dem Slogan „Eine sichere Wahl“ Vertrauen.

Nachlese Landesjugendtag



Verabschiedet wurden auf dem Landesjugendtag in Bochum die Mitglieder der Landesjugendleitung, **Lorena Lerche** (Dortmund) und **Anne-Katrin Gering** (Remscheid) (Foto oben), die sich jetzt anderen Aufgaben zuwenden.

Gedankt wurde dem Tagungspräsidium **Markus Schallenberg** (Städteregion Aachen), **Christian Bernheine** (Köln) und **Vera Winkels** (Aachen).



Begegnet sind sich die ehemaligen Jugendleiter **Ansgar Günther**, **Ralf Eisenhöfer** und der amtierende **Christian Dröttboom** (von links).

digungen. Die JAV wacht darüber, dass die Ausbildungs- und Beurteilungsrichtlinien eingehalten und angewendet werden. Sie sorgt dafür, dass Gesetze und Verordnungen beachtet werden, die Rechte der Azubis gewahrt bleiben, Dienstvereinbarungen angewendet, Tarifverträge eingehalten, Unfallverhütungsvorschriften beachtet werden.

Jugend im Aufwind

Die komba jugend nrw befindet sich mit rund 3000 Mitgliedern im Aufwind. Sie vertritt die gewerkschaftlichen, beruflichen und sozialen Interessen junger Beschäftigter durch ein Bündel von Aktivitäten, Schulungen, Seminaren, Workshops, Prüfungshilfen, Konferenzen und Freizeitaktivitäten.

Interessen des kommunalen Nachwuchses werden durch JAV geschützt

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) schützt die Interessen aller jungen Beschäftigten im kommunalen öffentlichen Dienst. Dazu zählen Auszubildende, Nachwuchskräfte für die Beamtenlaufbahnen sowie Praktikanten/-innen. Das sind Auszubildende, der Nachwuchs für die Beamtenlaufbahnen sowie Praktikanten/-innen. Die JAV ist eine gewerkschaftlich gestützte Vertretung, in der junge Kolleginnen und Kollegen, zum Beispiel aus der komba, für die beruflichen Interessen des gesamten kommunalen Nachwuchses unter 18 Jahren eintreten.

Landesjugendleiter **Christian Dröttboom**: „Die JAV kämpft unter anderem für bessere Ausbildungsbedingungen, qualifi-



Landesjugendleiter **Christian Dröttboom**.

zierte Ausbilder oder für die Übernahme in eine Dauerstellung nach bestandener Prüfung.“

Volles Stimmrecht hat die JAV zum Beispiel in Angelegenheiten der Übernahme, in Ausbildungsfragen und bei Kün-



Wie gehabt: Autoversicherung mit dbb-Bonus
Jetzt neu: Verkehrs-Rechtsschutz mit Top-Leistung

Neu für dbb-Mitglieder:
Verkehrs-Rechtsschutz schon ab 38,70 Euro/Jahr

Mit der HUK-COBURG fahren dbb-Mitglieder gut und günstig:

Niedrige Beiträge sichern

Im Tarif Kasko SELECT sparen Sie gegenüber der normalen Kasko 20 % Beitrag ein.

25-Euro-Bonus mitnehmen

dbb-Mitglieder, die als Neukunde mit ihrer Autohaftpflichtversicherung zu uns wechseln, erhalten einmalig 25 Euro dbb-Bonus.

Verkehrs-Rechtsschutz abschließen

Beschäftigte im öffentlichen Dienst zahlen für den Verkehrs-Rechtsschutz bei der HUK-COBURG-Rechtsschutzversicherung AG, 96443 Coburg pro Jahr 38,70 Euro.

Gleich Angebot abholen

Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder auf www.HUK.de. Oder rufen Sie uns an: 0800 2 153153 – kostenlos aus deutschen Telefonnetzen.

Erfolgreiche Höhergruppierung für 45 städtische Politessen in Aachen erreicht

In Aachen hat die komba gewerkschaft eine Höhergruppierung von der Entgeltgruppe 3 in die EG 5 TVöD für 45 städtische Verkehrsüberwachungskräfte erreicht. Die Höherbewertungsanträge der städtischen Politessen wurden rückwirkend bewilligt. Es geht bei den Teilzeitbeschäftigten (22 Stunden) um ein Plus von rund 80 Euro. Die komba hatte Ende Dezember unter Fristsetzung von der Einleitung eines Klageverfahrens abgesehen, um die abschließende Bewertungsprüfung durch die Personalverwaltung abzuwarten. Musterkläger standen zur Verfügung, das teilte der Zweite komba Landesvorsitzende **Hubert Meyers** (Aachen) mit.

Damit wurde einer lange andauernden Ungleichbehand-



2. Landesvorsitzender Hubert Meyers.

lung unter den städtischen Überwachungskräften endlich ein Ende gesetzt. So erhielten ältere Kolleginnen und Kollegen aus Gründen der Besitzstandswahrung weiterhin die EG 5. Die neueren Kolleginnen und Kollegen werden jedoch seit Jahren nur noch nach EG 3 bezahlt. Aufgrund der Festlegung und des Einleitens von

Verkehrsordnungswidrigkeiten, der Durchführung von Verwaltungsverfahren, insbesondere Abschleppmaßnahmen und nicht zuletzt aufgrund der täglichen Anfeindungen und teilweise gewalttätigen Übergriffe ist die Eingruppierung nach EG 5 mehr als gerechtfertigt. Dies hatte auch das Arbeitsgericht Wuppertal bereits durch Urteil

vom 15. Oktober 2013 (!) so entschieden.

Die Tätigkeit als „Politesse“ bilde hiernach überwiegend einen auf ein einheitliches Arbeitsergebnis gerichteten großen Arbeitsvorgang des „Streifengangs“, der die tariflichen Tätigkeitsmerkmale erfülle. Dafür genüge es, dass während dieses Arbeitsvorgangs Entscheidungen anfallen, die neben der Kenntnis von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften auch die Ausübung pflichtgemäßen Ermessens bei der Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten erfordern.

Stadtdirektorin Annekathrin Grehling und Fachbereichsleiter Detlev Fröhliche haben neben dem Personalrat zum Erfolg der komba Initiative beigetragen.

Schwerpunkt Behindertenvertretung

Nach den erfolgreichen Wahlen von komba Mitgliedern in die Funktion der Vertrauensperson nahmen 50 von ihnen an zwei Schulungen teil, die Landesvorstandsmitglied **Monika Benze** leitete. Es ging um die inhaltliche Tätigkeit vor Ort und um die Arbeit der komba Schwerbehindertenvertretung.

„Mit den steigenden Anforderungen in der Arbeitswelt nehmen die gesundheitlichen

Beeinträchtigungen und damit auch die Anzahl der schwerbehinderten Menschen konstant zu. Dies erfordert einen steigenden Beratungsbedarf“, so Benze.

Nach der Einführung in die gesetzlichen Grundlagen des SGB IX durch **Manuela Winkler-Odenthal** (komba Rechtsabteilung) besprach **Rainer Friedrich** (OV Bonn) Beispiele aus der Praxis.



Vorsitzende Monika Benze, Manuela Winkler-Odenthal, Rainer Friedrich (von links).

Mehr Männer in Kitas

18 männliche Erzieher, Kinderpfleger und Berufspraktikanten aus NRW nahmen an der komba Fachtagung „Männer in Kitas“ teil.

Themen waren unter anderem der Umgang mit sensiblen Situationen im Alltag und der Sonderstellung der Männer in den Kitas. So habe man sich bei der Veranstaltung mit dem „Generalverdacht“ gegen Männer in Kitas auseinandergesetzt oder über „professionelle Sexualpädagogik“ gesprochen. „Hier wurde ein Signal gesetzt für die weitere Arbeit an dieser Thematik“, sagte **Ingo Bings**, Mitglied im Landesfachbereich Erziehung.

Es wurden konkrete Ideen gesammelt zu Vater-Kind-Projekten in Kitas. Aber auch das Miteinander von Männern und

Frauen in einer Kita ist nicht immer unbeschwert. Ingo Bings forderte, im Sinne einer modernen Gleichstellungspolitik mehr Männer in Kitas einzustellen, traditionelle Rollenbilder aufzubrechen, Vorurteile abzubauen und die Akzeptanz für Männer im Erzieherberuf zu erhöhen. Eine moderne geschlechtersensible Pädagogik brauche Frauen und Männer. Die Kita darf nicht länger männerfreier Raum sein!

Diese Forderung ist gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in Kitas berechtigt. Männer werden als Erzieher dringend gebraucht. In NRW sind nur rund drei Prozent aller pädagogischen Fachkräfte männlich. Beim nächsten Treffen wird im Herbst über den Mehrwert von Männern in Kitas diskutiert.

Jetzt bequem wechseln und 100,-€ Sommer-Bonus kassieren.



Das Konto speziell für den öffentlichen Dienst. Bundesweit für Sie da: Mit Direktbank und wachsendem Filialnetz.

Das kostenfreie Bezügekonto* mit 100,- € Sommer-Bonus – nur bis zum 31.07.2015

Profitieren Sie jetzt von einem Wechsel:

- ✓ Exklusiv für Mitglieder der komba gewerkschaft nrw und ihre Angehörigen
- ✓ Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard
- ✓ Kostenfreier Konto-Umzugsservice

* Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- €/Mitglied. Bonus gilt nur für Neumitglieder; nicht mit anderen Prämien kombinierbar.

BB Bank

Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Sicherheit und Gewaltprävention in Kommunalverwaltungen Teil 12

Hinweise und Empfehlungen

Im Laufe der vergangenen Monate haben die Autoren der Aufsatzreihe zum Thema „Gewalt gegen Behördenmitarbeiter“ unterschiedliche Aspekte der Materie aufgegriffen und das Problem und seine Lösungsmöglichkeiten aus diversen Perspektiven beleuchtet. Im letzten Beitrag sollen – als Fazit des Projektes – die wichtigsten Handlungsempfehlungen für den sicheren Arbeitsalltag in der Behörde dargelegt werden. Diese Handreichung kann zur Erstellung eines behördeninternen Gesamtkonzeptes zur Gewaltprävention genutzt werden, die Empfehlungen lassen sich allerdings auch einzeln anwenden, sodass auch eine niederschwellige und damit ressourcenschonende Umsetzung möglich ist. Damit kann jede Behörde für sich entscheiden, wie intensiv sie sich dem Thema widmen will.

1. Nutzen Sie den Mehrwert der Prävention

Die Prävention von Gewalt hilft nicht nur, entsprechende Vorfälle zu verhindern, ihr Nutzen geht weit darüber hinaus. Denn Gewalt hat nicht nur für den betroffenen Mitarbeiter mitunter massive Konsequenzen, sondern für die gesamte Behörde. Durch gezielte Präventionsmaßnahmen können nicht nur die Gesundheit und die Motivation der Mitarbeiter gefördert werden, auch die im Zusammenhang mit einem Vorfall anfallenden Verwaltungskosten werden gesenkt, die Behörde insgesamt arbeitet effizienter.

2. Prävention ist Behördenleiterpflicht

Die Behördenleitung muss sich ihrer zentralen Rolle als Akteur

und Motivator der behördlichen Prävention bewusst sein. Ihre Einbindung in diese Prozesse stellt einen wichtigen Gelingensfaktor für eine effektive und dauerhafte Umsetzung innerhalb der Behörde dar. Zwar können Mitarbeiter sich bis zu einem bestimmten Grad gegenseitig unterstützen, die Implementierung einiger organisatorisch/baulicher Maßnahmen kann ohne die Zustimmung der Leitungsebene allerdings nicht erfolgen.



Symposium diskutierte

Die Studienergebnisse wurden im Oktober 2014 auf einem Symposium diskutiert. Spezialisten betrachteten die Gefahrenfrage aus unterschiedlichen Perspektiven. Lutz Urbach (Bürgermeister von Bergisch Gladbach), Wolfgang Heiler (Leitender Notfallpsychotherapeut des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe), Prof. Bernhard Frevel (Leiter der Studie), Johannes Winkel (Landesinnenministerium), Dirk Kursim (komba Personalrat Jobcenter Bielefeld) und Andreas Hemsing (stellvertretender komba Landesvorsitzender) (von links).

3. Entwickeln Sie eine Grundsatzzerklärung gegen Gewalt

Es empfiehlt sich, eine Grundsatzzerklärung beziehungsweise Leitlinien mit Grundsätzen zum „gewaltfreien Arbeitsplatz“ zu verabschieden, die sowohl interne wie auch externe Wirkung entfaltet: Sie signalisiert den Kunden, dass jegliche Form von Gewalt in der Behörde auf keinen Fall toleriert und in jedem Fall geahndet wird, gleichzeitig

Autoren

Bernhard Frevel,
Claudia Kaup,
Andreas Kohl,
Lucia Maldinger

vermittelt sie den Mitarbeitern, die volle Unterstützung der Behörde und deren Leitung zu genießen. Um ein Höchstmaß an

jede Behörde bei der Präventionsarbeit Partner suchen, die über entsprechende Expertisen und Erfahrung in der Gewaltprävention verfügen. Die Vernetzung mit externen Partnern ist daher wichtig für eine erfolgreiche Präventionsarbeit, denn das Rad muss nicht ständig neu erfunden werden und anderswo erfolgreich getestete Lösungen können oft in die eigene Organisation integriert werden. Als mögliche Partner bieten sich zum Beispiel die lokale Polizei, Unfallversicherer, Gewerkschaften, Sicherheitsdienste oder Kommunalverbände und ihre entsprechenden Fachgremien an.

5. Kommunikation und Sensibilisierung auf allen Ebenen ist unerlässlich

Innerbehördliche Kommunikation ist ein wesentlicher Faktor einer Anti-Gewalt-Strategie. Die Behördenleitung sollte bestrebt sein, das Thema Gewalt in einem sozialen Dialog mit den Mitarbeitern und ihren Vertretern zu diskutieren. Dieser Dialog sollte die Basis des Präventionsprozesses bilden. Hierbei sollten Informationen nicht nur top down an die Mitarbeiter gegeben, sondern auch bottom up in Richtung der Leitung kommuniziert werden. Das Ernstnehmen von Ängsten, das Beschützen der Gefährdeten sowie generell die Schaffung eines empathischen Klimas, in dem auch Schwächen geäußert werden dürfen, gehören mit zu den Punkten, die von Amtsleitern bis hin zum Bürgermeister wahrgenommen werden sollten.

Akzeptanz und eine Umsetzung im Arbeitsalltag gewährleisten zu können, sollte diese Selbstverpflichtung gemeinsam von Behördenleitung, Mitarbeitern und Vertretern des Personalrates erarbeitet werden.

4. Suchen Sie sich externe Partner

Um Synergien zu nutzen und externes Wissen in die eigene Arbeit zu integrieren, sollte

6. Dokumentieren Sie alle Vorfälle und kennen Sie die Gefahrenstufen

Der Aufbau eines Dokumentationswesens von Vorfällen in den Behörden, die auch die Erstellung von Lagebildern ermöglicht, kann dabei helfen, die erforderlichen Präventionsmaßnahmen zielgerichteter auf die jeweilige Behördensituation ausrichten zu können. Es erleichtert auch die Einordnung der Vorfälle in verschiedene Gefährdungsstufen und damit die Auswahl entsprechender Gegenmaßnahmen. Dieses Vorgehen setzt jedoch voraus, dass allen Mitarbeitern diese Gefährdungsstufen bekannt sind. Des Weiteren können so Risikofaktoren – die sich zum Beispiel für Mitarbeiter im Innen- und Außendienst erheblich unterscheiden können – identifiziert werden.

7. Ohne regelmäßige Aus- und Weiterbildung geht es nicht

Die Potenziale der Aus- und Weiterbildung sollten nicht nur initiativ zu Beginn der Präventionsarbeit, sondern nachhaltig genutzt werden. Nicht nur die Vermittlung von Kenntnissen über Gefahrenstufen, sondern zum Beispiel auch Kommunikations- und Deeskalationstrainings und Seminare zu interkultureller Kompetenz oder rechtlichen Fragestellungen tragen dazu bei, die Mitarbeiter zu befähigen,

Konflikte besser zu vermeiden und angemessen reagieren zu können. Im konkreten Notfall sollten Mitarbeiter durch eine entsprechende Ausbildung in der Lage sein, Hilfe zu leisten, zum Beispiel durch Erste Hilfe, aber auch psychologische Erstbetreuung beziehungsweise die psychologische Notfallversorgung des Betroffenen. Zudem müssen auch professionelle Hilfsangebote bekannt sein.

8. Begehungen helfen Schwachstellen erkennen

Instrumente wie regelmäßig zu wiederholende Arbeitsplatzbegehungen und die Erstellung beziehungsweise Aktualisierung von Gefährdungsbeurteilungen mit externen Partnern bieten der Behördenleitung die Möglichkeit, (Sicherheits-)Standards zu überprüfen, Schwachstellen zu identifizieren und Verbesserungspotenziale zu erkennen. Auf der Grundlage der Analyse können dann behördenspezifische Vorsichts- und Schutzmaßnahmen organisatorischer oder baulicher Art entwickelt werden.

9. Optimieren Sie Ihre Organisation

Auch durch die Optimierung organisatorischer Abläufe in der Behörde lassen sich Präventionspotenziale freisetzen, in dem konfliktträchtige Situationen

minimiert werden. Dies kann zum Beispiel erreicht werden, indem eine hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeiter verhindert wird oder die Wartezeit der Kunden reduziert wird. Neben präventiven Maßnahmen gehört dazu aber auch die – falls notwendig – langfristige und professionelle Nachsorge von Gewaltopfern.

10. Schaffen Sie eine angenehme und sichere Atmosphäre

Räumliche und bauliche Maßnahmen innerhalb des Verwaltungsgebäudes können eine angenehme und sichere Arbeits- und Aufenthaltsatmosphäre schaffen. Die Gestaltung und Einrichtung von Büros und von Wartezonen, Zugangssteuerungen, Leitsystemen oder auch die Schaffung von Front- und Back-Offices bilden einen wichtigen Ansatzpunkt für die Reduzierung von Gewalt, indem sie auf Kunden wie auch auf Mitarbeiter beruhigend und aggressionsmindernd wirken.

11. Setzen Sie Technik sinnvoll ein

Sicherheitstechnik ist kein Selbstzweck, sondern stellt einen integralen Bestandteil des umfassenden Sicherheitskonzeptes dar, muss aber angemessen eingesetzt werden. In jedem Fall sind Datenschutzbestimmungen zu berücksichtigen. Insbesondere bei aufwen-

digen Maßnahmen wie zum Beispiel der Videoüberwachung ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu beachten. Auch muss die Anwendung installierter technischer Hilfsmittel immer wieder eingeübt werden, auch und gerade von neuen Mitarbeitern.

12. Lieber klein anfangen, als gar nichts tun

Auch wenn es sinnvoll ist, als Behörde ein ganzheitliches Konzept gegen Gewalt zu entwickeln und umzusetzen, so soll doch darauf hingewiesen werden, dass die hier genannten Handlungsempfehlungen auch schrittweise implementiert werden können. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass eine Behörde überhaupt beginnt, sich mit den Ursachen von Gewalt und möglichen Lösungsvorschlägen auseinanderzusetzen. Auch niederschwellige Maßnahmen wie behördeninterne Gesprächsrunden oder regelmäßige Alarmübungen können sich bereits positiv auf das Behördenklima auswirken.

Alle hier genannten Handlungsempfehlungen sowie themenbezogene Checklisten finden Sie in der Broschüre „Sicherheit und Gewaltprävention in Kommunalverwaltungen“, die bei der komba nrw erhältlich ist.

Ende der Serie

Gewalt in Kliniken: Helfer werden zu Opfern

Die im öffentlichen Dienst erfahrbare Gewalt macht auch vor Kliniken und Krankenhäusern nicht halt. Darüber berichtete kürzlich Report München. Vor allem Notaufnahmen sind betroffen, und selbst Intensivstationen sind Schauplätze von Übergriffen und Aggressionen gegen ärztliches oder pflegerisches Personal.

Report berichtet:

„Es wird gepöbelt, gespuckt, gebissen und geschlagen. Die Gewalt in deutschen Krankenhäusern nimmt zu. Ärzte und Pfleger sind immer brutaleren Angriffen von Patienten und deren Angehörigen ausgesetzt. Brennpunkte sind nicht nur die Notaufnahmen. Gewaltausbrüche gehören mittlerweile auf jeder Station zum Alltag. Erste

Kliniken schlagen Alarm, reagieren mit Plakatkampagnen und Sicherheitstraining für das Personal. In Nürnberg begleiten Wachmänner Ärzte bei der Visite auf der Intensivstation.“

In einer aktuellen Umfrage des Nürnberger Klinikums haben 70 Prozent der Ärzte und Pflegenden angegeben, dass sie Erfahrungen mit Gewalt am Arbeitsplatz Krankenhaus ge-

macht haben, berichtet Report. Dort plakatiert man das Thema offensiv. Zum Teil werden Sicherheitskräfte eingesetzt. Nicht nur Patienten, auch Angehörige werden situativ aggressiv.

Details zur Sendung:

www.br.de/fernsehen/das-erste/sendungen/report-muenchen.

Solingen will „Lust statt Frust“

Komba Solingen legte mit „Fit für die Zukunft“ bereits 2012 ein Strategiepapier vor, das Wege aufzeigen sollte, wie man als Stadt langfristig Mitarbeiter bindet und neue, qualifizierte und motivierte Mitarbeiter dazugewinnen kann. Leider bleibt festzustellen, dass viele der sehr konkreten Vorschläge nicht umgesetzt wurden und seit 2012 die Identifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihrem Arbeitgeber/Dienstherrn eher noch mehr nachgelassen hat.



Konzept „Lust statt Frust“.

Im nun veröffentlichten Konzept „Lust statt Frust“ geht der Ortsverband einen Schritt weiter und zeigt auf, mit welchen konkreten Maßnahmen kurzfristig verloren gegangenes Vertrauen zurückgewonnen und ein neues „Wir-Gefühl“ erzeugt werden kann.

Vorsitzender **Jürgen Alberman** berichtet: „Die Herausforderungen, denen sich die Stadtverwaltung Solingen in den nächsten Jahren stellen muss, werden immer härter. Die alten Rezepte wie pauschale Kürzungen zum Beispiel im Personalbereich oder die nur phasenweise durchgeführte Aufgabenkritik greifen

nicht mehr. Die Stadtverwaltung braucht vielmehr zur Krisenbewältigung ein neues Denken, neue Ideen, dynamische Akteure und eine souveräne und perspektivisch ausgerichtete Verwaltungsspitze.

Die Stadt benötigt eine neue Management- und Führungsphilosophie sowie die permanente Initiative und Kreativität möglichst aller Beschäftigten. Die dabei notwendige Begeisterung für Neuerungen und das ständige Infragestellen des eigenen Tuns seitens der Beschäftigten kann nur erwartet werden, wenn sich diese mit den neuen Wegen identifizieren können.

komba fordert klare Ziele, eine moderne Unternehmenskultur, eine starke und motivierte Belegschaft, klare Zuständigkeiten und Verantwortungen sowie eine ständige Weiterentwicklung der Verwaltung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen.

komba Solingen will darüber eine breite Diskussion. Das Konzept einer Arbeitsgruppe findet man unter www.komba-solingen.de. Wer umsetzbare Praxisbeispiele hat, die Albermanns Analyse bestätigen und ergänzen können, kann sich unter info@komba-solingen.de gerne an der Diskussion beteiligen.

Ehrenvorsitzender

komba Meschede wählte **Wilfried Fobbe** zum Ehrenvorsitzenden.

Mehr als 20 Jahre war er Vorsitzender beziehungsweise Stellvertreter im aufgelösten OV Brilon.

1000. Mitglied in Duisburg

Der komba Ortsverband Duisburg freut sich über sein 1000. Mitglied. Es ist die Kollegin **Ellen Steinbrücker**. Sie arbeitet bei der Feuerwehr Duisburg in der Personalabteilung. Sie ist Schwerbehindertenvertreterin der Berufsfeuerwehr und stellvertretende Gesamt-Schwerbehindertenvertreterin der Stadtverwaltung Duisburg. Der Duisburger OV-Vorsitzende, **Valentino Tagliafierro**, Mitglied des Landesvorstandes und Vorsitzender der Feuerwehrkommission, begrüßte die Nummer 1000. „Wir haben Mitgliederwachstum. Ein Zeichen für gute gewerkschaftliche Arbeit.“



Foto: komba (OV Duisburg)

komba Lippe: Ehrungen für 475 Mitgliedsjahre

Auf der Mitgliederversammlung des komba Kreisverbands Lippe (über 600 Mitglieder) wurden 13 Mitglieder für 475 Mitgliedsjahre geehrt. Unter ihnen waren **Friedrich Dreier** und **Gerhard Grefe**, die der komba seit 50 Jahren die Treue halten.

Der wiedergewählte Vorsitzende **Hans-Heinrich Rieke**

berichtete über dutzende Personal- und Betriebsversammlungen und 40 sonstige Veranstaltungen, Schulungen und Sitzungen auf Kreis- wie auf Landesebene. Rieke dankte dem Vorstand und dem Ehrenvorsitzenden **Dieter Scholz**, der mit seinen überregionalen komba- und dbb-Ämtern gewerkschaftspolitische Fäden gezogen hat.



Foto: komba Lippe

Hans-Heinrich Rieke (links) und **Dieter Scholz** (rechts) freuten sich auch über das persönliche Erscheinen einiger Jubilare (von links nach rechts): **Gerhard Grefe** und **Friedrich Dreier**, die jeweils 50 Jahre komba Mitglied sind, und **Manfred Kaiser**, der seit 25 Jahren komba Mitglied ist.

Beamtenrecht:

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

Gesamtausgabe B, Kommentar, Loseblattwerk, 15 Ordner, 26 730 S., 289,99 € zzgl. AL, 383.–384. AL, Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm, Heidelberg

Die 383. AL bietet Ihnen neue Entscheidungen u. a. zum Streik- und Disziplinarrecht. Mit der 384. AL wird u. a. die vollständige Kommentierung des § 45 BeamStG geliefert und das Werk auf den Stand April 2015 gebracht.

Linz/Lepek

Praxis-Handbuch Beamtenversorgungsrecht

gebunden, 272 S., 24,95 €, 4. neu bearbeitete Auflage, Wallhalla Fachverlag, Regensburg

Das Standardwerk Praxis-Handbuch Beamtenversorgungsrecht berücksichtigt die gravierenden Änderungen und wichtige Neuerungen. Diese umfassen den Versorgungsausgleich bei Ehescheidung, die Mitnahme der Versorgung bei vorzeitigem freiwilligen Ausscheiden aus dem Dienst (Altersgeld) sowie die Versorgungsregelungen der Bundesländer. Ebenso eingearbeitet sind das Fachkräftegewinnungsgesetz und das Professorenneuregelungsgesetz. Hinweise auf die aktuelle Rechtsprechung und alle landesrechtlichen Abweichungen komplettieren das nützliche Nachschlagewerk für Beamte, Richter, Personalleiter, Sachbearbeiter Gewerkschaften und Pensionäre. Das Werk vermittelt fundiert und leicht verständlich das Versorgungsrecht. Die systematische Darstellung, praxisbezogene Schwerpunkte, Fallbeispiele sowie Modellrechnungen erleichtern die Anwendung auf konkrete Konstellationen.

Tadday/Rescher

Beamtenrecht NRW

Loseblattwerk, 3 Ordner, 3 512 S., 149 € zzgl. EL, 143. EL, Verlag Reckinger, Siegburg

Mit der 143. EL wird die aktuelle, verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung in die Kommentierung eingearbeitet. In den Erläuterungen zu § 52 (Ausübung der Nebentätigkeit, Verfahren, Tätigkeit von Ruhestandsbeamten und früheren Beamten mit Versorgungsbezügen) findet die neue Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zum Konkurrenzverbot für Ruhestandsbeamte Berücksichtigung. Die Erläuterungen zu § 60 (Arbeitszeit) werden inhaltlich erweitert. Die Kommentierung zu § 93 (dienstliche Beurteilung) berücksichtigt die neue Rechtsprechung zu tauglichen Erkenntnisgrundlagen für dienstliche Beurteilungen, zur Beurteilungsbesprechung, zum Anforderungsprofil, zur Dokumentationspflicht in

Auswahlverfahren und zur Vergleichsgruppenbildung bei freigestellten Personalräten. Am 20. 11. 2014 ist die Verordnung über den Aufstieg durch Qualifizierung in die Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes im Lande Nordrhein-Westfalen (Qualifizierungsverordnung) in Kraft getreten. Erläuterungen zu der im Teil C abgedruckten Verordnung finden sich in der Kommentierung zu § 23 (Aufstieg). Mit der 143. EL ist das Werk auf dem Stand Dezember 2014.

Mohr/Sabolewski

Umzugskostenrecht NRW

Loseblattwerk, 2 Ordner, 2 624 S., 128 € zzgl. EL, 49. EL, Verlag Reckinger, Siegburg

Mit der 49. EL erfolgt eine Neustrukturierung des Loseblattwerks. Die tarifvertraglichen Vorschriften werden in den Teilen B 5 (Landesbereich) und B 6 (Kommunalbereich) zusammen-

Schutz und Sicherheit bei Dienst- und Berufsunfähigkeit

Mit besonderen Vorteilen für komba-Mitglieder.



NÜRNBERGER
Beamten Versicherungen

Partner für den Öffentlichen Dienst seit 1908

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG
Bezirksdirektion Köln, Hans-Jürgen Hecht
Telefon 0221 20094-90, Fax -85
Hans-Juergen.Hecht@nuernberger.de

gefasst und aktualisiert. Neu aufgenommen werden die Teile 4 A und 4 B, in denen künftig die steuerlichen Vorschriften für das Inland (Teil 4 A) und für das Ausland (Teil 4 B) zusammengefasst werden. Damit soll eine bessere Übersichtlichkeit für den Anwender erreicht werden. Die bereits in die Teile 4 A und 4 B aufgenommenen Regelungen werden ebenfalls aktualisiert. Mit der 99. EL ist das Werk auf dem Stand Dezember 2014.

Mohr/Sabolewski

Beihilferecht NRW

Loseblattwerk, 3 Ordner, 3 722 S., 139,- € zzgl. EL, 99. EL, Verlag Reckinger, Siegburg

Mit der 99. EL werden im Teil A die 5. Änderungsverordnung zur Beihilfenverordnung NRW vom 10.12.2014 abgedruckt sowie die hierdurch vorgenommenen Änderungen in die geltende Beihilfeverordnung vom 5.11.2009 eingearbeitet. Wegen der noch ausstehenden Änderungen der Verwaltungsvorschriften werden nur die Erläuterungen der §§ 1-4 BVO überarbeitet; die weiteren Erläuterungen der übrigen Regelungen müssen der nächsten EL vorbehalten bleiben. Mit der 99. EL ist das Werk auf dem Stand Januar 2015.

Gansen

Disziplinarrecht in Bund und Ländern

Loseblattwerk, 3 Ordner, 3 660 S., 159,99 € zzgl. AL, 39. AL, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg

Die 39. AL bietet Ihnen die überarbeitete Kommentierung u. a. zu den §§ 17, 18, 20, 32-38, 40 und die Aktualisierung zahlreicher Normen sowie die Neuaufnahme der Kommentierung zum Tatbestand des Verstoßes gegen die Verschwiegenheitspflicht. Mit der 39. AL ist das Werk auf dem Stand April 2015.

gruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg

Die 64. AL enthält u. a. die Neukommentierung des § 42 Abs. 3 LPVG (Freistellung von der dienstlichen Tätigkeit) und bringt das Werk auf dem Stand Januar 2015.

Sozialrecht:

Eicher/Michaelis/Keck

Die Rentenversicherung im SGB

Loseblattwerk, 2 Ordner, 3 728 S., 309,99 € zzgl. AL, 88. AL, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg

Die 88. AL berücksichtigt schwerpunktmäßig Rechtsänderungen, die sich für die gesetzliche Rentenversicherung bis zum 31.12.2014 aufgrund des Künstlersozialabgabenstabilisierungsgesetzes und des Gesetzes zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sowie der Beitragssatzverordnung 2015 und der Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2015 ergeben haben. Ferner werden die aktuellen Regelungen der Deutschen Rentenversicherung zur Befreiung von Syndikus-Anwälten von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung dargestellt. Mit der 88. AL ist das Werk auf dem Stand März 2015.

Hauk/Noftz

Sozialgesetzbuch V

Gesetzliche Krankenversicherung

Loseblattwerk, 7 Ordner, 11 816 S., 198 € zzgl. EL, EL 4/15, Erich Schmidt Verlag, Berlin

Die EL 4/15 enthält wiederum abschließlich Bearbeitungen der Kommentierungen. Neu angelegt sind die Erläuterungen der §§ 64 b, 65 c und 116 b. Umfassend und erweitert überarbeitet werden die K §§ 65, 65 a, 67 und 134 a. K § 175 ist teilweise aktualisiert. Mit der EL 4/15 ist das Werk auf dem Stand April 2015.

Tarifrecht:

Breier/Dassau/Kiefer/Lang/Langenbrinck

TVöD-Kommentar inkl. Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst

Loseblattwerk, 6 Ordner mit Lexikon Arbeitsrecht im öD, ca. 5 314 S., 194,99 € zzgl. AL, 78.-79. AL, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg

Die 78. AL enthält u. a. das Thema Rente mit 63 einerseits und Weiterarbeit nach Regelaltersrente andererseits sowie eine umfangreiche Überarbeitung der Erläuterungen zu § 33 TVöD. Die 79. AL enthält u. a. die Überarbeitung der Beispiele zur Berechnung des Schadensersatzes wegen Arbeitsunfähigkeit gem. § 22 TVöD und bringt das Werk auf dem Stand April 2015.

Sponer/Steinherr

TVöD/TV-L Gesamtausgabe

Loseblattwerk, 18 Ordner, 25 086 S., 249,99 € zzgl. AL, 140. AL, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg

Highlights der 140. AL sind die Aktualisierung der Kommentierung zu den §§ 1, 11, 19, 23, 29, 33, 35 TV-L sowie die weitere Neuaufnahme der Kommentie-

rung zur Vorbem. Abschnitt III/Bezügler, Sozialarbeiter (EntgeltO TV-L). Überarbeitet wurde die Kommentierung zu § 15 TV-L Anhänge 1, 2. Neu aufgenommen wurden weitere Dienstwohnungsvorschriften (HB, HH) in § 15 TV-L Anhänge 7, 8. Aktualisiert wurde der Gesetzestext zu § 23 TV-L Anhänge 1, 2. Mit der 140. AL ist das Werk auf dem Stand April 2015.

Breier u. a.,

Beilage zum TVöD/TV-L, aushangpflichtige Arbeitsgesetze im Öffentlichen Dienst

gebunden, 14. Auflage, 9,99 €, 250 S., Verlagsgruppe Hüthig, Jehle, Rehm, Heidelberg

Als Arbeitgeber und damit Personalverantwortlicher sind Sie gesetzlich verpflichtet, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestimmte Arbeits- und Arbeitsschutzgesetze frei zugänglich zu machen. Alle Rechtsänderungen zum 1. Februar 2015 sind in dieser Auflage berücksichtigt. Damit stehen alle wichtigen Arbeitsgesetze wieder topaktuell zur Verfügung. Ergänzende arbeitsrechtliche Vorschriften, speziell auf die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst abgestellt, runden diese Textausgabe ab. Besonders hingewiesen wird auf das in dieser Auflage neu aufgenommene Mindestlohngesetz. Durch die handliche und haltbare Ausführung dieser Textausgabe mit der Kordel zum Aushängen können sich Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder aktuell über ihre Rechte und Pflichten informieren.

UNSCHLAGBAR IN PREIS & LEISTUNG!

Der Tarifhammer für alle im öffentlichen Dienst und deren Familienmitglieder (Partner)

Exklusiv nur bei uns bis Ende Mai 2015 erhältlich!

o2 on Business XL

- ✓ **FLAT** Festnetz
- ✓ **FLAT** Alle Handy-Netze
- ✓ **FLAT** SMS
- ✓ **FLAT** Internet



Preis mtl. mit Handy ab **37,49** €/Mon.¹
Preis mtl. ohne Handy **19,99** €/Mon.²



Samsung Galaxy S6
- 16 Megapixel
- 64-bit Octa-Core
- Android 5.0
- 5,1" Touchscreen
- 32 GB int. Speicher
- GPS, WiFi

nur **109,99€**



Samsung Galaxy S6 Edge
- 16 Megapixel
- 64-bit Octa-Core
- Android 5.0
- 5,1" Touchscreen
- 32 GB int. Speicher
- GPS, WiFi

nur **220€**



Samsung Galaxy Note 4
- 16 Megapixel
- 2,7 GHz QUAD-Core
- Android 4.4
- 5,7" Touchscreen
- 32 GB int. Speicher
- GPS, WiFi

nur **49,00€**

Weitere Geräte!
Galaxy A5 (NEU) **1,00 €**³
Sony Z3 (NEU) **1,00 €**²
HTC One M8 (NEU) **1,00 €**²
iPhone 5S 16 GB **1,00 €**²
Samsung Galaxy S5 **1,00 €**²

- + 120 Inklusivminuten mtl.: 120 Inklusiv-Minuten mtl. von Deutschland in die europäischen Länder, USA, Kanada, Russland und Türkei
- + Auslandssprachflat + 1.000 SMS: EU, Schweiz, USA und Kanada (für ankommende und abgehende Gespräche nach Deutschland) nur 0,24€ je Gespräch egal wie lange und 1.000 SMS mtl. nach Deutschland.
- + MultiSIM inklusiv: Kostenlose 2. Simkarte für Tablet, Laptop etc. nutzen.
- + Auslandsdatenflat inklusive: Surfen & Mailen innerhalb der gesamten EU, Schweiz, USA und Kanada **GRATIS!** (500 MB/mtl. bis zur Drosselung)

Bitte bei Familienangehörigen ein kurzes schreiben des Familienmitgliedes im Öffentlichen Dienst dazu legen.

¹ So errechnet sich der Preis ohne Handy (rechnerisch) = Sie zahlen 6 Monate keine Grundgebühr und ab dem 7ten Monat immer 49,99 €/mtl. : Gesamt in 24 Monaten :899,82 €, 8 Wochen nach Vertragsstart erhalten Sie 420,06 € von uns auf Ihr Konto, nun haben Sie noch 479,76 € in 24 Monaten zu bezahlen. Diese teilen Sie durch 24 und so kommen Sie auf den Grundpreis von 19,99 € / rechnerisch.
² Rechnerischer Grundpreis mit Top Handy = 6 Monate keine Grundgebühr 49,99 €/mtl. ab dem 7ten Monat = 899,82 € : 24 Monate = 37,49 €/mtl., inkl. Handy
³ Rechnerischer Grundpreis mit iPhone 6, durch Grundpreis von 67,99 €/mtl. inkl. MwSt. und Auszahlung von 552,96 € = 67,99 x 24 = 1.631,76 abzgl. 552,96 € Auszahlung = 1.078,80 : 24 Monate = 44,95 €/mtl. inkl. iPhone 6.
⁴ rechnerischer Grundpreis mit Galaxy S6 / Edge / HTC One M9 = 67,99 €/mtl. inkl. MwSt. 3 Monate Gratis und Auszahlung von 480,03 € = 1.427,79 abzgl. 480,03 Auszahlung = 947,76 : 24 Monate = 39,49 €/mtl. inkl. Handy

ONLINE AUFTRAGSBESTELLUNG UNTER WWW.KOMBA-PHONE.DE

Sie geben uns alle relevanten Daten und wir erstellen den Antrag für Sie, diesen erhalten Sie dann zur Unterschrift gesandt, schicken diesen dann mit Kopie des Personalausweises oder Reisepasses + Mitgliedsausweis oder Dienstausweis an uns zurück. Dann dauert es nur noch wenige Tage bis Sie die Sim-Karten von uns erhalten. Das Handy kommt direkt von O2. **Achtung! Lieferzeiten beim iPhone 6 und 6 Plus 1-3 Wochen.**

www.komba-phone.de

Das Service- und Dienstleistungsunternehmen der Deutschen Polizeigewerkschaft im DBB (100%ige Tochter)
DPoIG Service GmbH | Maybachstr. 19 | 73037 Göppingen
Hotline: 07161 / 964-100 | Fax: 07161 / 964-1040
(Hotline-Zeiten: Mo.-Do. 9.00 bis 12.00 & 13.00 bis 17.00 Uhr, Fr. 9.00 bis 12.00 & 13.00 bis 16.00 Uhr)



Online-Infos

komba nrw informiert und ist „auf allen Kanälen“ dauerhaft präsent.
Alle Kommunikationswege sind zu finden unter:
www.komba.de/nrw.
Newsletter-Service,
Facebook, Youtube und
RSS-Feed!

Impressum. **Herausgeber:** komba gewerkschaft nrw, im dbb nrw – beamtenbund und tarifunion, Norbertstraße 3, Postfach 101054, 50450 Köln, **Telefon:** 0221.912852-0, **Internet:** www.komba.de. **Redaktion:** Friedel Frechen (Chefredakteur), Stefanie Frank (Pressereferentin der komba gewerkschaft nrw). **Verlag und Anzeigenwerbung:** komba bildungs- und service gmbh, Steinfelder Gasse 9, 50670 Köln, **Telefon:** 0221.135801. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. Redaktionsschluss: am 25. eines Vormonats. Mit Namen oder Namenskürzel gezeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Nachdruck dieser Beiträge nur mit Genehmigung der Redaktion, im Übrigen mit Quellenangabe. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung, insbesondere keine Verpflichtung zur Veröffentlichung oder Rücksendung übernommen. Versandort: Geldern. Die Bezugsgebühren sind für Mitglieder im Monatsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder: 2,50 € monatlich bzw. 7,50 € vierteljährlich, einschließlich Zustellgebühr.

Sexuelle Belästigung

Mehr als 50 Prozent der Arbeitnehmenden wurden bereits sexuell am Arbeitsplatz belästigt. Das ergab die Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. komba nrw informiert mit

einer Broschüre über dieses Thema. Sie gibt Hilfestellung und beantwortet zahlreiche Fragen zu diesem Bereich. Kostenlos anfordern unter frank@komba.de. ■

Postvertriebsstück • Gebühr bezahlt • G 4974 E
komba gewerkschaft nrw • Postfach 10 10 54 • 50450 Köln

Jahrestagung der Seniorenvertretung nrw diskutiert Pflege von A bis Z

Die Pflege stand im Mittelpunkt der Tagung der Seniorenvertretung nrw (ehemals Arbeitskreis 50plus). Vorsitzender **Klaus-Dieter Schulze** begrüßte 60 Teilnehmende. **Birgit Meyer** vom Pflegebüro der Stadt Düsseldorf erläuterte das Thema von A bis Z. Das Bewusstsein für die Pflege nehme zu. Sie gehe alle an, auch jüngere Generationen.

Meyer informierte über die gesamte Bandbreite, vom altersgerechten Wohnen, über den Hausnotruf, Verpflegung auf Rädern, die Beurteilung der Pflegebedürftigkeit, den Ablauf zur Einordnung der Pflegestufen bis zum Wohnen in Heimen. Vize-Justiziar **Michael Bublies** informierte im zweiten Teil über aktuelle Entwicklungen im Beamten- und Tarifbereich. Eine positive Tagungsbi-



Foto: komba nrw

60 Teilnehmende auf der Jahrestagung der Seniorenvertretung nrw.

lanz zog Fachbereichsreferentin **Susanne Windgassen**. Mit dabei: Ehrevorsitzender **Ralf Eisenhöfer**, stellvertretender

Landesjugendleiter **Moritz Pelzer** und **Wolfgang Meßing**, Vorsitzender OV Düsseldorf. ■

Service

Aus vier mach eins – günstiger finanzieren

Eine häufig genutzte Möglichkeit, um notwendige Anschaffungen zu tätigen oder sich lang gehegte Wünsche zu erfüllen, ist die Finanzierung über Konsumentenkredite.

Ehe man sich versieht, sind mehrere Forderungen mit hohen Zinsen zu bedienen. Die Lösung: Mit einem Beamtenkredit lassen sich auch mehrere Kredite günstig umschulden – die monatliche Belastung sinkt spürbar, teilweise um die Hälfte!

komba exklusiv

Exklusiv für die Mitglieder der komba gewerkschaft nrw und ihre Angehörigen.

Peter W. (57), langjähriges komba nrw Mitglied, hatte vier Kredite abgeschlossen. Möbel, Urlaub, Auto, Häuschen am See. Insgesamt kamen so 20 000 Euro Kreditsumme mit monatlichen Raten in Höhe von rund 455 Euro zusammen. Es wurde finanziell eng, und im

Hinblick auf die nicht allzu ferne Versetzung in den Ruhestand wollte Herr W. seine Finanzen ordnen, aus den vier Krediten einen machen und dabei möglichst noch etwas Geld sparen.

Auf der Internetseite des dbb vorsorgewerk, stieß er auf das Beamtenkredit. Die Vorteile dieses Darlehens, das speziell für den öffentlichen Dienst geschaffen worden ist, liegen auf der Hand: Im Vergleich zu einem handelsüblichen Ratenkredit mit Zinsen oft im zweistelligen Bereich, ist ein günstigerer Zinssatz über eine deutlich längere Laufzeit, nämlich von 12, 15 oder 20 Jahren, festgeschrieben. Als Sicherheit dient ausschließlich das Einkommen aus dem Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst. Die Darlehen zwischen 10 000 bis 100 000 Euro werden als eine Kombination aus langfristigem Kredit und einer Rentenversicherung

angeboten. Durch die Versicherung wird das Darlehen am Ende der Laufzeit getilgt. Als Mitglied der komba nrw erhält Peter W. über das dbb vorsorgewerk das Darlehen zu Sonderkonditionen.

Die attraktiven Konditionen für das Beamtenkredit gibt es nur über das dbb vorsorgewerk. Und zwar für Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst. ■

Günstiges Kreditangebot

Tipp: Ab sofort profitieren komba nrw Mitglieder und ihre Angehörigen über das dbb vorsorgewerk von einem erweiterten Kreditangebot: Der Privat- sowie der Autokredit der DSL Bank werden zu attraktiven Konditionen angeboten. ■

Bis 31. Juli 2015 gelten Sonderkonditionen für den Autokredit von 3,77 Prozent effektivem Jahreszins. Privat- und Autokredit sind ausschließlich online abschließbar unter www.dbb-vorsorgewerk.de/kredite Stöbern Sie rein. ■

Angebote ...

... vertraulich und unverbindlich: Telefon: montags bis freitags von 8 bis 18 Uhr unter 030.40816425, per E-Mail an beamtendarlehen@dbb.de oder per Fax an 030.40816499. Weitere Informationen unter www.dbb-vorsorgewerk.de. ■